

Pl.-Pr. 17/35

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Kelber, Dr. Matthias Miersch, Dorothee Menzner, Sylvia Kötting-Uhl und weiterer Abgeordneter:

**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses**

**Marco Buschmann (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte zeigt eines: In Deutschland tobt ein Glaubenskampf, und dieser Glaubenskampf rankt sich, wie alle anderen Glaubenskämpfe, um einen Mythos. Dieser Mythos trägt den Namen Gorleben. Das zentrale Glaubensbekenntnis seiner Anhänger fasst das *Greenpeace-Magazin* – wie ich finde, recht originell – zusammen: Deutschland wird von der Atomindustrie beherrscht. Ganz Deutschland? Nein. Im Wendland, wo der deutsche Atommüll endgelagert werden soll, leisten Bauern, Adlige und Freaks seit mehr als 20 Jahren Widerstand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Bravo!)

Diese scheinbar harmlose Anspielung auf die *Asterix*-Comics wie der ganze Mythos Gorleben stellen in Wahrheit das Verfassungsleben der Bundesrepublik Deutschland infrage;

(Ute Vogt [SPD]: Oh ne!)

denn die Glaubenssätze dieses Mythos, den Sie auch hier predigen, enthalten ganz fundamentale Vorwürfe.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Sie sollten einmal eine Dissertation dazu schreiben: Mythos und Widerstand am Beispiel einer Region!)

Sie behaupten, in Deutschland herrsche nicht das Volk, sondern die Energieversorger. Sie behaupten, in Deutschland gelte nicht das Recht, sondern nur Lobbyinteressen, und die Bürger könnten sich nicht darauf verlassen, dass die relevanten Sicherheitsbelange ausgiebig geprüft werden. Dass diese Glaubenssätze zu einem Glaubenskampf führen, sehen wir an den Bildern dieser heftigen Auseinandersetzung.

Vor dem Hintergrund dieser Glaubenskämpfe, die Sie mit anheizen, begrüßt die FDP-Fraktion ganz ausdrücklich, dass wir nun einen Untersuchungsausschuss einsetzen;

(Thomas Oppermann [SPD]: Stimmt ihr gleich auch zu?)

denn ein Untersuchungsausschuss ist ein Instrument zur Faktenermittlung. Er gibt uns die Möglichkeit, die Sachverhalte, um die es geht, in aller Sachlichkeit aufzuarbeiten.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Thomas Oppermann [SPD])

Sachliche Aufarbeitung entzaubert Mythen und führt auf konkrete Lebenssachverhalte zurück, die wir dann mit klarem Kopf würdigen können. Das trägt hoffentlich dazu bei, diesen erbitterten Glaubenskampf, den Sie mit anheizen, zu beenden oder zumindest zu entschärfen.

(Sebastian Edathy [SPD]: Den haben wir beendet!)

Ob das mit dem Instrument des Untersuchungsausschusses gelingen kann, liegt nicht allein in den Händen der Koalitionsfraktionen. Das liegt auch in Ihren Händen. Ich weiß natürlich, dass Sie diesen Mythos gerne predigen, weil er für viele Ihrer Anhänger sinnstiftend ist und ihnen Motivation vermittelt. Ich kann mir schon

vorstellen, dass Herr Trittin an bessere Zeiten seines Lebens denkt, wenn er sich mit dem Mythos beschäftigt;

(Beifall bei der FDP – Renate Künast  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sorgen Sie  
einmal dafür, dass Gelsenkirchen bessere Zeiten  
erlebt!)

aber die Verantwortung in diesem Haus ist eine andere. Wenn die Fakten durch den Untersuchungsausschuss  
geklärt sind, dann sollten Sie mit dem Predigen von Mythen aufhören,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der  
CDU/CSU)

spätestens dann sollten Sie an die Stelle des Mythos einen nüchternen Sachverhalt setzen, spätestens dann sollten  
wir uns gemeinsam darum bemühen, den Glaubenskampf in diesem Land, der auf dem Rücken der Menschen  
ausgetragen wird, zu beenden. Das schulden wir alle gemeinsam unserer Verantwortung, unserer Verantwortung  
für den Rechtsfrieden in unserem Land

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Für den Rechtsfrieden? Den haben Sie in Sachen  
Atomenergie gebrochen!)

und unserer Verantwortung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die rechtsstaatlichen Verfahren  
unserer Demokratie.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)